



Fotos: Meyer

## Der Haushalt steht

### Generaldebatte begleitet finale Etatberatungen

*18. Mai 2011 – Es ist soweit: Der Landshaushalt für das laufende Jahr 2011 ist beschlossene Sache. In diesem Jahr will die rot-grüne Regierung rund 55,3 Milliarden Euro ausgeben, davon rund 4,8 Milliarden Euro über neue Schulden finanzieren (siehe Seite 4). Das ist den Fraktionen von CDU und FDP zu viel, denn die Schulden übersteigen die Investitionen, was laut Landesverfassung nur bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zulässig ist. Die CDU hat deswegen angekündigt, gegen den Haushalt 2011 Klage einzureichen. SPD und Grüne verteidigen den Etat und die Politik der Koalition, die Linke fordert höhere Ausgaben, ermöglicht der Minderheitsregierung aber schließlich eine Mehrheit für den Haushalt.*

Die Regierung sei mit ihrer präventiven Haushaltspolitik krachend vor dem Verfassungsgerichtshof gescheitert, stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann fest. Neue Schulden

auf dem Rücken der Kinder, diese Politik sei nicht nur unvernünftig: „Wir halten sie auch nicht für verantwortlich“, betonte Laumann. In ganz Europa teile kein Land die Auffassung von

Rot-Grün – bis auf früher einmal Griechenland. Die CDU werde erneut klagen. Gleichzeitig forderte Laumann, die vom Bund beschlossene Schuldenbremse auch in der NRW-Verfassung zu verankern, „damit wir uns alle dem Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik für die zukünftigen Generationen verpflichtet fühlen“. Darüber hinaus sprach er sich für einen Schulfrieden aus, stellte aber die Gemeinschaftsschule als zweite integrative Form neben der Gesamtschule in Frage. Kritik übte Laumann zudem an Krafts Personal. Ein schwacher Finanzminister, ein quasi abgeschafftes Wirtschaftsressort, der Atomkugel-Fall im Wissenschaftsministerium und die Spendenaffäre des Innenministers: „Sie haben einen verdammt hohen Preis bei der Auswahl Ihres Personals für die Minderheitsregierung bezahlt.“ Auch der Umgang mit den Kommunen lasse zu wünschen übrig: Fairness und Mitsprache habe Kraft versprochen. Wer das geglaubt habe, sei heute bitter enttäuscht.

„Keine Alternative, keine inhaltliche Perspektive. Das war ein Armutszeugnis, Herr Laumann“, meinte der Fraktionsvorsitzende Norbert Römer (SPD) zu seinem Vorredner. Schwarz-Gelb im Landtag sei das Gegenteil von „Schwarz-Gelb“ in Fußball-Dortmund, nämlich „alles andere als meisterlich“. Dagegen habe die rot-grüne Regierung den Mut, die Aufgaben der Zukunft anzupacken. „Diese Regierung wird weiterhin solide, stabil und zuverlässig ihre Arbeit machen“, sagte Römer. Er erklärte, „Aufstieg durch Bildung“ werde zum Markenkern der Regierung werden. Es komme darauf an, Barrieren für Bildungsgerechtigkeit aus dem Weg zu räumen, und zwar von der Kita bis zur Universität. Mit dem Haushaltsentwurf werde deutlich: „Wir setzen auf Vorsorge als umfassenden Politikansatz.“ Es sei Anspruch der Landesregierung, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, um zukünftig Geld zu sparen. In diesem Sinne sei es notwendig, die Kommunen mit Unterstützung des Bundes wieder finanziell auf eigene Beine zu stellen. Als weiteres Politikfeld nannte Römer die Industrie- und



Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Energiepolitik. Ökologische Herausforderungen und industriepolitische Erfordernisse seien nicht gegensätzlich, sondern würden von Rot-Grün gleichermaßen ernst genommen. 308 Tage sei die Landesregierung nun im Amt. „Und es werden viele mehr werden“, so der Sozialdemokrat.

„Wir machen die Arbeit gerne weiter“, sagte auch **Reiner Priggen**, Grünen-Fraktionsvorsitzender. Er zog ebenfalls eine positive Bilanz zur Arbeit der rot-grünen Koalition. Sie habe dem „ideologischen Popanz ‚Privat vor Staat‘“ ein Ende gesetzt, Schluss gemacht mit der Kommunalfeindlichkeit und mit der Mitbestimmungsfeindlichkeit der FDP in der Vorgängerregierung. „Wir begrüßen modernste Kraftwerke“, verwies der Grüne zudem auf mindestens 13 Kohle- und Gaskraftwerksblöcke, die Rot-Grün unterstütze, um den Übergang zu mehr erneuerbaren Energien zu gestalten. Die Schulpolitik zeichne sich durch mehr Entscheidungsspielraum für die Kommunen aus, solange Abschlüsse vergleichbar blieben. Gleichzeitig strebe die Landesregierung einen Schulfrieden mit den anderen Landtagsfraktionen und Akteuren der Schulpolitik an. Priggen freute sich über entsprechende Gesprächsangebote der CDU und lobte auch deren Paradigmenwechsel bei den Kommunal финанzen, vermisste ansonsten aber eine gradlinige Oppositionsstrategie der Fraktion. Die FDP habe ein Jahr lang keinen substantiellen Beitrag geleistet, wohingegen die oppositionellen Linken ein Stück weit ihre Gestaltungsmöglichkeiten nutzten. Als nächstes wolle man mehr Demokratie ermöglichen, kündigte Priggen Vorhaben der näheren Zukunft an. „Arbeit gibt es genug.“

„Ihnen fehlt die Kraft, Sparmaßnahmen auf den Weg zu bringen“, attackierte der FDP-Fraktionsvorsitzende **Dr. Gerhard Papke** die rot-grüne Landesregierung. Sie habe die Aufnahme neuer Schulden zur Staatsphilosophie erhoben. Dies sei weder zukunftsorientiert noch sozial gerecht. So bedeute die Ersetzung von Studiengebühren

durch Haushaltsmittel, dass die Arzthelferin die Ausbildung des Chefarztes bezahle. Auch das beitragsfreie Kindergartenjahr „auf Pump“ gehe letztendlich zu Lasten der Kinder selbst. Die Linkspartei habe als „Wackeldackel“ keine eigene Haltung und ver helfe der „heimlichen rot-rot-grünen Koalition“ stets zur Mehrheit. Den Grünen warf der FDP-Sprecher eine industrie feindliche Politik vor, wie der gerichtsanhängige Kraftwerksneubau in Datteln zeige. Nach dem von ihnen initiierten kommenden Klimaschutzgesetz werde in NRW keine nennenswerte Industrieansiedlung mehr möglich sein, befürchtete der FDP-Sprecher. Wirtschaftsminister Voigtberger jedenfalls setze dem nichts entgegen. Er sei ebenso eine Fehlbesetzung wie Wissenschaftsministerin Schulze, die das Parlament belogen habe, und Innenminister Jäger, der nicht den Mut zur Aufklärung der Tragödie bei der Loveparade habe. Gesprächsbereit zeigte sich Papke mit Blick auf die Schulpolitik, sofern es sich um eine „Qualitätsdebatte“ handele.

Rot-Grün sei mit dem Haushalt als Tiger gesprungen, aber als Bettvorleger gelandet, konstatierte Linken-Fraktionschef **Wolfgang Zimmermann**. Die Koalition habe die geplante Neuverschuldung ohne Not auf 4,8 Milliarden Euro reduziert. „Wir teilen die Ansicht der Landesregierung, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist“, betonte er. Deshalb wäre es eigentlich richtig gewesen, mehr zu investieren, anstatt den Schuldenansatz von gut 7 Milliarden Euro zu kürzen, argumentierte Zimmermann. „Diese 3 Milliarden fehlen nun in diesem Land.“ Der Finanzminister habe es versäumt, mit dem unerwarteten Steuerplus die Konjunktur zu stützen. Zimmermann bezeichnete den Haushalt daher als Enttäuschung. Zwar verzichte dieser auf Privatisierung und Sozialabbau. Doch: „Statt konsequenter präventiver Sozialpolitik erleben wir ein Einknicken vor den abgewählten neoliberalen Parteien CDU und FDP“, kritisierte Zimmermann. Es bleibe skandalös, dass die Regierung die wegfallenden

Studiengebühren nicht entsprechend kompensiere, so einer seiner Kritikpunkte. Gleichzeitig forderte er, die Schuldenbremse gehöre auf den „Müllhaufen der Geschichte“. Sie verhindere ein soziales Zukunftsinvestitionsprogramm. „Leiten Sie den überfälligen Politikwechsel ein“, forderte der Linke die Ministerpräsidentin auf.

„Wenn wir diesen Haushalt verabschieden, schaffen wir damit die finanzielle Basis für eine gute Zukunft unseres Landes NRW“, sagte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD). Es sei richtig und wichtig, in Kinder und Bildung zu investieren, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen. Kein Kind dürfe zurückgelassen werden, verwies Kraft auf geplante bildungspolitische Reformen. Es gelte außerdem der Grundsatz „Stadt und Land: Hand in Hand“, denn die Regierung nehme die Sorgen und Nöte der Kommunen ernst. Die Kritik der Opposition an der Gemeindefinanzierung nannte Kraft „verlogen“, da Rot-Grün in diesem Bereich von der Vorgängerregierung versäumt, statistische Anpassungen vornehmen müsse. Die Regierungschefin erklärte, NRW zu einem „Land der guten Arbeit“ machen zu wollen. Sie sprach sich für flächendeckenden Mindestlohn und mehr Mitbestimmung sowie gegen Dumping-Löhne und befristete Arbeitsverträge aus. Die Regierung habe zudem als Ziel vor Augen, dass NRW Industrieland bleiben müsse. Mit einem Klimaschutzgesetz wolle sie zugleich deutlich machen, dass dieser als Fortschrittmotor zu verstehen sei. Die Ministerpräsidentin betonte, mit einer Politik der Vorbeugung die Schulden Nordrhein-Westfalens nachhaltig zurückführen zu wollen. Diesen Weg werde die Regierung konsequent weiter beschreiten. *cw/sow/bra/sw*

Der Haushalt 2011 hat mit den Stimmen von SPD und Grünen eine knappe Mehrheit gegen die Stimmen von CDU und FDP gefunden, weil die Linksfraktion sich enthalten hat. Auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 wurde mit demselben Abstimmungsergebnis beschlossen.



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Wolfgang Zimmermann (Linke)

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)